

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (26)



4. April 2025

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Am 2. April 2025 wurde im Wetterauer Kreistag mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD – eine kreiseigene GmbH gegründet „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis“.

Mehr als 10 Jahre hat DIE LINKE. eine kreiseigene WoBau eingefordert. Die Notwendigkeit für öffentlichen, kommunalen Wohnungsbau wurde in dieser Zeit weitgehend ignoriert oder nur vor Wahlen angesprochen. Jetzt erkennen die anderen Parteien immerhin den großen Bedarf für bezahlbares Wohnen an. Schon vor dieser Abstimmung im Kreistag waren viele Wetterauer Kommunen der Gesellschaft beigetreten.

Kann es jetzt losgehen mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum?

Darüber berichten wir in dieser Ausgabe der aktuellen Post.

Diese Kreistagsitzung hatte keine umfangreiche Tagesordnung. Doch es stehen derzeit durchaus gravierende Entscheidungen an:

Zum Beispiel die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete.

Dazu haben wir eine Anfrage gestellt. Denn die Einführung der Bezahlkarte birgt erhebliche Unklarheiten

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Volkshochschule des Wetteraukreises – Neue Satzung
2. Gründung der „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“
3. Förderung der Jugendarbeit – Verbesserte Finanzierung
4. Antrag die Grünen: Einladung der Musikschulen des Wetteraukreises, um im Ausschuss über die Konsequenzen aus dem „Herrenberg-Urteil“ zu informieren.
Änderungsantrag DIE LINKE. zum Antrag der Grünen
5. DIE LINKE.: Vier Anfragen

RÜCKLICHT



400 Menschen bei der Veranstaltung mit Gabriele Krone-Schmalz in der Friedberger Stadthalle

Diese Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs Wetterau und der „Wetterauer Aktion Frieden“ am 11. März war nicht gewollt. In der Presse wurde zwar groß berichtet. Doch leider nicht darüber, was an diesem Abend gesagt wurde, sondern viel mehr wurden bestehende Ressentiments wiederholt. Und auch die Friedberger FDP meldete sich zu Wort und giftete gegen Frau Krone-Schmalz und die Veranstalter. Auch einige CDU-Vertreter sahen Putin-Trolle am Werk. Natürlich war niemand dieser „Kritiker“ vor Ort. Doch dass Propaganda für Putin gemacht wurde, das wussten sie alle ganz genau. In der „Zeitenwende“ darf offensichtlich kein kritischer Diskurs stattfinden. Da müssen alle Gewehr bei Fuß stehen. Doch eben einen solchen Diskurs halten wir für äußerst wichtig! Wenn es wirklich um die Verteidigung der Demokratie geht, dann ist eine kritische Debatte grundlegend! Anders, wenn man von einer Vorkriegszeit redet, einen atomaren Krieg für führbar hält, Hunderte Milliarden Kriegskredite aufnimmt und Diplomatie zum Teufelswerk erklärt: Dann sterben zwei wichtige Säulen der Demokratie, die Meinungsfreiheit und die soziale Sicherheit. Der Vortrag hat auf jeden Fall zum Denken angeregt. Sicher hat er auch weitere Fragen aufgeworfen. Und genau so soll es sein.



Gegen neue Mittelstreckenraketen

Am 29. März demonstrierten in Wiesbaden 4000 Menschen gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. In Wiesbaden ist das zentrale Einsatzkommando dieser Angriffswaffen. Mittelstreckenraketen können in 10 Minuten Moskau erreichen. Dadurch stellen sie für Russland eine ernste Bedrohung dar. Im Konfliktfall wird so eine Zentrale ausgeschaltet. Oder es wird von dort aus ein Angriff gestartet, der einen Zweitschlag provoziert. In jedem Ernstfall sind wir mitten im Schlachtfeld.

Volkshochschule Wetterau

Für die Volkshochschule Wetterau wurde eine neue Satzung beschlossen.

Die Gebühren für Kurse an der Volkshochschule werden angehoben. Auch die Honorare für die Lehrkräfte steigen.

Bisher bekamen die Lehrkräfte 20 Euro pro Unterrichtseinheit. Nun müssen sie ihre Vergütungen selbst aushandeln und vertraglich absichern lassen. Die liegen zwischen 22 und 32 Euro. Nach welchen Kriterien die letztendliche Höhe des Honorars berechnet wird, ist nicht geregelt. Die Lehrkräfte sind nur noch als freie Mitarbeiter:innen für zeitlich begrenzte Kurse beschäftigt. Diese Lehraufträge begründen explizit kein Arbeitsverhältnis. Feste Beschäftigungsverhältnisse gibt es nicht mehr. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sind von der freien Lehrkraft selbst zu tragen.

Unter dem Punkt „Musikschulen“ ist weiter unten zu lesen, welche Auswirkungen das so genannte „Herrenberg-Urteil“ auf die Beschäftigungsverhältnisse dort hat: Freie Mitarbeiter sind nicht mehr zulässig. Die Lehrkräfte müssen eingestellt werden.

Man sollte annehmen, dass das was für die Musikschulen gilt, auch bei der Volkshochschule gilt. Noch hat aber niemand geklagt...

Exkurs: Kahlschlag bei Sprach- und Integrationskursen

Die neue Koalition im Bund verhandelt über Kürzungen bei den Volkshochschulen. Davon betroffen sind Integrations- und Sprachkurse sowie Berufssprachkurse. Gegen diese Pläne gab es zwar Protest, aber vom Tisch sind sie nicht.

Integrationskurse an Volkshochschulen sind vorerst bis Ende August 2025 gesichert. Für dieses Jahr hat der Haushaltsausschuss des Bundestags zusätzliche Mittel bereitgestellt. Wie es weitergehen wird, ist unklar. Aber schon eine Unterbrechung der Kursprogramme bei Sprache für Zugewanderte bringt die Volkshochschulen in Bedrängnis. Für viele Kursteilnehmer:innen wäre es eine Katastrophe, denn kostengünstige oder geförderte Kurse sind nicht gerade reichlich vorhanden. Doch für Migrant:innen sind Integrationskurse wichtig und verpflichtend.

Einschnitte sind auch bei den Berufssprachkursen zu befürchten. Schon seit dem Ampel-Aus sind sie nur vorläufig finanziert. Während Integrationskurse erste Sprachkenntnisse und Grundwissen über deutsche Kultur, Geschichte sowie Rechtsordnung vermitteln, gehen die Berufssprachkurse noch einen Schritt weiter und vertiefen die Sprachkenntnisse. Für Fachkräfte sind Berufssprachkurse entscheidend, um ins Berufsleben starten zu können.

Gründung der „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“

Natürlich begrüßen wir, dass jetzt endlich – nach mehr als zehn Jahren – eine kreiseigene GmbH für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums beschlossen wurde. Wir haben auch den kürzlich beschlossenen Förderrichtlinien zugestimmt, die eine Ertüchtigung von Leerstand oder veralteter Bausubstanz bezuschusst, wenn bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Jetzt muss es darum gehen, dass die Gesellschaft zügig zum Arbeiten kommt. Es kann nicht nochmal zehn Jahre dauern, bis es wirklich Wohnraum gibt. Dazu ist die Wohnungsnot im unteren Preissegment viel zu gravierend. Aber bisher ist lediglich davon die Rede, dass die Gesellschaft beratende Funktion haben soll und die Mitgliedskommunen vernetzen will.

Wir haben diese Rede gehalten:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

DIE LINKE. Fraktion wird für die Gründung der GmbH „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis“ stimmen. Wir haben für die Förderrichtlinie gestimmt. Und wir stimmen für die GmbH, weil das in die richtige Richtung geht. Diese GmbH wird hoffentlich dazu führen, dass der Wetteraukreis endlich auch bezahlbaren Wohnraum schafft.

Sie hören es: Wir bleiben trotz der heutigen Gründung einer bezahlbaren Wohnraum Gesellschaft skeptisch. Das hat Gründe:

Zuerst werden wir uns davon überzeugen, dass die Ziele der GmbH auch in absehbarer Zeit realisiert werden. Immerhin hat diese heutige Gründung einen Vorlauf von locker zehn Jahren, in denen wir Sie immer wieder an das drängende Problem der Wohnungsnot im unteren Preissegment erinnern mussten. Zehn Jahre, in denen immer mal wieder vor einer Kommunal- oder Landratswahl Anlauf genommen wurde und nach dem Wahltermin nichts passiert ist. Bald sind ja wieder Kommunalwahlen...

Dann: Wir finden gut, dass die GmbH sich als Beitrag zur Daseinsfürsorge verstehen will und dass die Kommunen mit know how unterstützt werden sollen, wenn sie bezahlbaren Wohnraum schaffen. Es ist sicher nützlich, wenn Fördergelder eingeworben und Erfahrungen ausgetauscht werden können. Doch wir haben auch gelesen, dass der vorgelegte Vertrag eine Vorrangregelung für Private und die Möglichkeit der Veräußerung von Liegenschaften an Private beinhaltet. Das lehnen wir ab. Für uns gilt: Einmal öffentlich geschaffener Wohnraum – immer Wohnraum in öffentlicher Hand!

Aber da sind wir ja noch lange nicht! Heute wird die GmbH gegründet.

Wie sie sich entwickelt und in welcher Zeit – das wird entscheidend sein.

Wir setzen uns jedenfalls weiter dafür ein, dass auch das Endziel erreicht wird – nämlich die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in einem nennenswerten Umfang. Und dass das in einem überschaubaren Zeitraum geschieht und nicht nochmal zehn Jahre dauert!

Die Koalitionsparteien SPD und CDU sehen den Vorteil der Wohnungsgesellschaft darin, dass Verwaltungsaufwand eingespart werden kann, insbesondere bei Förderanträgen. Auch soll die Gesellschaft als Drehscheibe fungieren. Das heißt: Es können Gebäude saniert und gebaut werden, mit dem Ziel, sie anschließend an andere, private Betreiber zu veräußern.

Die FDP stimmte auch zu, fand aber gerade diese Drehscheibenfunktion großartig. Das bringe mehr Markt und weniger „Mietpreisbremse“.

Die Grünen stimmten zu und lasteten der Koalition an, dass es so lange gedauert hat mit der WoBau. Sie machten darauf aufmerksam, dass es engagierte Leute braucht, um wirklich in die Gänge zu kommen. Andernfalls wird das nichts.

Die AfD begründete ihre Ablehnung mit dem Zuzug von Geflüchteten: Es werde geduldet, dass so viele Menschen kommen und das verknappe den Wohnraum.

Förderung der Jugendarbeit

Die Mehrheit im Kreistag beschloss eine aktualisierte Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit im Wetteraukreis. AfD und die Heimat (NPD) lehnten das ab. Neu ist in der jetzigen Fassung, dass Aufwendungen und Zuschüsse für Jugendgruppenarbeit, Fahrten, Zeltlager, internationale Begegnungen und Fortbildungsveranstaltungen leicht erhöht wurden.

Selbstverständlich haben wir zugestimmt. Derzeit ist uns noch nicht bekannt, wo diese aktualisierte Richtlinie eingesehen werden kann.

Antrag der Grünen: Konsequenzen aus dem „Herrenberg-Urteil“ – Einladung an die Leiterinnen und Leiter der staatlich geförderten Musikschulen im Wetteraukreis

DIE LINKE. hatte zum Haushalt 2025/2026 die Aufstockung der Zuschüsse an die Musikschulen im Wetteraukreis beantragt. Der Antrag ist hier zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/haushalt-2025-2026-oeffentliche-musikschulen-besser-finanzieren/>

Das so genannte „Herrenberg-Urteil“ verlangt, dass die Musiklehrer:innen zukünftig fest eingestellt werden müssen. Es gibt zwar eine Übergangszeit, in der noch freiberuflich angestellt werden kann, aber die gilt nur, wenn die Lehrkräfte damit einverstanden sind.

Das ist ja einleuchtend: Niemand stimmt freiwillig einer freiberuflichen selbständigen Beschäftigung zu, wenn eine Festanstellung möglich ist.

Unser Haushaltsantrag wurde von ALLEN anderen Parteien abgelehnt. Auch von den Grünen.

Jetzt wollen sie im Nachklatsch die Musikschulen zum Ausschuss einladen und anhören.

Haben sie ein schlechtes Gewissen?

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht. Da muss schon Butter bei die Fisch!

Mit so einer Beruhigungstaktik wollten wir die Grünen nicht aus der Nummer rauslassen.

Das ist unser Antrag:

<https://die-linke-wetterau.de/musikschulen-besser-finanzieren/>

Das ist unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Wir sind etwas befremdet über diesen Antrag!

Erst wird unser Antrag zum Haushalt 2025/2026 zur Aufstockung der Mittel für die Musikschulen abgelehnt.

Nun wollen die Grünen im Nachklatsch eine Einladung aussprechen, um etwas über die Auswirkungen des „Herrenberg-Urteils“ auf die Musikschulen zu erfahren.

Was soll das denn sein?

Die Auswirkungen auf die Musikschulen sind doch klar und die Musikschulen haben dies auch rechtzeitig zur Haushaltsdebatte dargestellt: Die Kosten für die Beschäftigung von Musiklehrerinnen und Musiklehrern steigen.

Übergangsregelung des Bundes hin oder her haben die Musikschulen auf die Folgen des „Herrenberg-Urteils“ zu reagieren. Es kann doch nicht gewünscht sein, dass man während der Übergangszeit weiterhin an sogenannte Freiberufler viel zu niedrige Löhne zahlt!

Ja, selbstverständlich sollte man im Ausschuss mit den Musikschulen reden. Das hätte man schon vor dem Haushaltsbeschluss tun sollen.

Doch müssen jetzt auch Konsequenzen aus dem „Herrenberg-Urteil“ gezogen werden und die Lehrkräfte müssen angemessen bezahlt werden!

Deshalb wiederholen wir die Forderung, die Zuwendungen an die Musikschulen deutlich aufzustocken und möchten, dass dieser Antrag der Grünen erweitert wird:

Ermöglichen Sie es den Musikschulen, gute Löhne zu zahlen und verhindern Sie, dass Musikunterricht nur noch mit hohen Gebühren erteilt werden kann.

Es ist nämlich auch eine soziale Frage, wie hoch die Gebühren geschraubt werden müssen, weil der Zuschuss nicht ausreichend ist.

Es kann nicht sein, dass Musikförderung vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist!

Musikerziehung darf nicht zum Luxus werden!

Doch auch dieser Änderungsantrag wurde abgelehnt. Die Leiter:innen der Musikschulen werden in den Ausschuss eingeladen. Wir bleiben dran.

Anfragen DIE LINKE.

1. Förderrichtlinien bezahlbares Wohnen

<https://die-linke-wetterau.de/foerderrichtlinien-bezahlbares-wohnen/>

Wir wollen wissen, wie die Förderrichtlinien bekannt gemacht werden und wie überprüft wird, dass tatsächlich bezahlbarer Wohnraum entsteht.

2. Status und Wohnsituation Geflüchteter

<https://die-linke-wetterau.de/anfrage-zum-status-und-zur-wohnsituation-gefluechteter/>

Es ist dauernd von illegalen Flüchtlingen die Rede, die unser Sozialsystem ausnutzen. Wir wollen mehr über den Status der Geflüchteten im Wetteraukreis wissen. Außerdem interessiert uns, wo sie wohnen. Denn der Wetteraukreis beklagt immer wieder, dass die Menschen zu lange in den Flüchtlingsunterkünften bleiben.

3. Gibt es jetzt doch keinen ÖPNV zur Landesgartenschau?

<https://die-linke-wetterau.de/kein-oepnv-zur-landesgartenschau/>

Ein Werbeversprechen für die Landesgartenschau war ein nachhaltiger ÖPNV. Jetzt werden aber große Parkplatzflächen gesucht. Warum?

4. Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete

<https://die-linke-wetterau.de/anfrage-zur-einfuehrung-der-bezahlkarte-fuer-gefluechtete/>

Im Wetteraukreis wird die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt. Wir sehen zahlreiche Ungereimtheiten. Diese wollen wir aufklären.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber